

Abt Martin will Anlaufstelle

In der Schweiz soll es eine neutrale Stelle geben, an die sich Opfer von sexuellen Übergriffen wenden können. Dies fordert der Einsiedler Abt Martin Werlen.

Einsiedeln. – Der Einsiedler Abt Martin Werlen stellte seine Forderung in Interviews auf, die in mehreren Schweizer Sonntagszeitungen veröffentlicht worden sind. Laut der «Neuen Zürcher Zeitung» gab es in den vergangenen 15 Jahren 60 Meldungen über Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche der Schweiz. Werlen sagte, wenn es 60 Meldungen gebe, so bedeute dies nicht unbedingt, dass es auch 60 Missbrauchsfälle seien.

Einige der Fälle seien auch der Schweizer Bischofskonferenz gemeldet worden, die diese nun prüfe, sagte Werlen. Er selbst gehört der zuständigen Kommission in der Bischofskonferenz an. Einige der Fälle hätten sich womöglich auch in der Schule seines Klosters ereignet. «Die mir bekanntesten Fälle habe ich versucht anzugehen und aufzuarbeiten», erklärte er im Interview mit der NZZ.

Der 47-jährige Abt schreibt in der gestrigen «NZZ am Sonntag», dass die Übergriffe nicht für die Abschaffung des Zölibats instrumentalisiert werden dürften. «Es gibt gute Gründe für eine Änderung der Zulassungsbedingungen beim Priesteramt. Aber dafür die Tragik sexueller Übergriffe zu instrumentalisieren, finde ich nicht redlich und unverantwortlich.» (red)

Darbella rechnet mit Sitzverlust

Kanton. – Der Präsident der nationalen CVP, Christophe Darbella, wäre über einen Sitzverlust der Schwyzer Kantonalpartei bei den Regierungsrats-Ersatzwahlen nicht erstaunt. In einem Interview mit der «Zentralschweiz am Sonntag» sagt er auf die Feststellung «Die CVP verliert auch in der Innerschweiz immer mehr Regierungssitze»: «In Schwyz hat sich diese Entwicklung schon lange abgezeichnet. Wir kommen auf eine strukturelle Grösse wie andernorts. Das ist zwar kein Trost, aber auch kein Grund, die Flinte ins Korn zu werfen.» Darbella weist den Vorwurf zurück, die CVP-Führung beachte die Zentralschweiz zu wenig. «Ich würde die Zentralschweiz nie als Peripherie betrachten. Die CVP und ich persönlich haben uns immer wieder starkgemacht für Landwirtschaft, Tourismus, Wasserkraft, Service public oder Regionalpolitik. Man müsste sich umgekehrt fragen, was eigentlich jene machen, die sich als Retter der Regionen aufspielen und gleichzeitig zum Kahlschlag ausholen.» (red)

Chefarzt verlässt Spital Lachen

Lachen. – Der Chefarzt Innere Medizin, Franco Salomon, verlässt das Spital Lachen. Dies teilte die Spitaldirektion am Wochenende mit. Die Trennung erfolge im gegenseitigen Einvernehmen. Die Innere Medizin sei eines der wichtigen Standbeine des Spitals und deshalb von grösster strategischer Bedeutung. Verwaltungsrat und Chefarzt hätten sich bezüglich künftiger Prioritäten des Spitals nicht einigen können, weshalb es zur Trennung kam. Salomon ist seit 2006 am Spital Lachen tätig. In dieser Zeit habe er die Klinik gut geführt und ausgebaut. Die Leitung der Klinik Medizin werde interimistisch durch die Leitenden Ärzte der Klinik Medizin sichergestellt. (red)

Eigenes Bergbeizli für die UAK

Auf dem Rufiberg soll ein Berggasthaus gebaut werden. Die Unterallmeindkorporation Arth als Initiantin und Bauherrin versucht dabei eine teilweise autonome Finanzierung: Die Unterällmiger sollen sich an diesem Projekt auch privat beteiligen können.

Von Josias Clavadetscher

Arth. – Die Unterallmeindkorporation Arth (UAK) besitzt auf der Rigi die Heinrichshütte und verteilt auf ihrem Hoheitsgebiet auch etliche Alpwirtschaftsbetriebe, die zum Teil touristisch genutzt werden. Nun soll auch der Rufiberg ein Berggasthaus erhalten.

Naherholungsgebiet aufwerten

Der Anstoss zu diesem Projekt hat eigentlich die Nachfrage selber gegeben. Das Gebiet Rufiberg wird immer mehr von Wanderern, Bikern und generell Erholungssuchenden genutzt. Der Rufiberg ist von der Arther wie der Zuger Seite her erschlossen und besitzt landschaftliche Attraktion, ohne dass aber bisher in dieser Gegend ein Mindestmass an touristischer Infrastruktur vorhanden gewesen wäre. Darum hat der Verwaltungsrat der UAK die Idee eines Berggasthauses aufgegriffen, in den letzten zwei Jahren die entsprechenden Abklärungen durchgeführt und ein Vorprojekt ausgearbeitet. Diese Abklärungen haben ergeben, dass die Voraussetzungen für einen Neubau stimmen, das Bedürfnis vorhanden ist und auch die Ver- und Entsorgung gewährleistet werden können. Auch hat das kantonale Amt für Raumplanung eine Baubewilligung in Aussicht gestellt.

Das Vorprojekt sieht einen gefälligen, zeitgemässen Zweckbau vor. Der Restaurationsbetrieb soll 60 Innen-



Modell für das geplante Berggasthaus: Der Restaurationsbetrieb soll 60 Innenplätze und eine grosse Sonnenterrasse mit 80 Plätzen aufweisen.

plätze und eine grosse Sonnenterrasse mit 80 Plätzen aufweisen. Geplant ist zudem ein öffentliches WC, das auch von Nichtgästen genutzt werden kann. Weiter wird für den Betriebsleiter im Dachgeschoss eine Zweieinhalbzimmerwohnung eingeplant und ein separates Personalzimmer. Der Betrieb soll verpachtet und ganzjährig geführt werden. Die gleich daneben liegende Schirmhütte soll bestehen bleiben und vorderhand als Materialdepot den Bikern zur Verfügung gestellt werden.

Baukosten von 1,1 Mio. Franken

Das Projekt rechnet mit Baukosten von rund 1,1 Mio. Franken. Der kommenden Unterallmeind-Versamm-

lung vom Freitag, 26. März, soll dieser Kredit unterbreitet werden, verbunden mit der Kompetenzerteilung an den Verwaltungsrat, den Neubau ausführen zu können. Wie UAK-Präsident Karl Weber aber ergänzte, werde man das Vorhaben nur realisieren, wenn Verzinsung und Amortisation gewährleistet und kein kostendeckender Betrieb möglich sind, wobei nicht ein möglichst grosser Ertrag im Vordergrund steht, sondern die UAK hier einen Beitrag zur Aufwertung des Naherholungsgebiets leisten will. Präsident Weber hat dazu ein schlagendes Argument: Arth ist stark gewachsen, zählt immer mehr Einwohner, die letztlich für ihre Freizeit auch in der eigenen Gemeinde ein breites Ange-

bot haben sollen. Nur so fliesse letztlich die Wertschöpfung nicht ab.

Private Beteiligung möglich

Mit dem Berggasthaus Rufiberg will die UAK aber auch die Korporation nach innen motivieren. Das Finanzierungsmodell sieht vor, dass das Projekt einerseits aus eigenen Mitteln und mit Darlehen realisiert werden soll, aber auch durch Sponsoring, Anteilscheine und Darlehen von Privaten. Den rund 1060 Korporationsbürgern soll dazu ein Zeichnungsangebot unterbreitet werden. Damit bietet man die Möglichkeit, dass «jeder Unterällmiger seinen Sparbaten gut verzinst und sicher im eigenen Beizli anlegen könne», hält der Verwaltungsrat fest.

Rauchverbot verunsichert viele Wirte

Das ab dem 1. Mai geltende Rauchverbot in öffentlichen Räumen sorgt bei etlichen Wirten im Kanton Schwyz für Ärger und Verunsicherung. Zumindest einer will sich nicht daran halten.

Von Ruggero Vercellone

Kanton. – Die Verunsicherung unter den Schwyzer Wirten wegen dem ab dem kommenden 1. Mai geltenden Rauchverbot ist gross. Die zwei Fragen, die sie derzeit stark beschäftigen: Welche wirtschaftlichen Konsequenzen wird das Rauchverbot auf meinen Betrieb haben? Und soll ich überhaupt in ein Fumoir investieren, wenn damit zu rechnen ist, dass in wenigen Jahren ein absolutes Rauchverbot ohne Ausnahmen verordnet wird?

Der Präsident von GastroSchwyz, Willy Benz, hält in seinem Jahresbericht zur Delegiertenversammlung des kantonalen Wirteverbandes vom 12. April in Galgenen fest: «Nach wie vor herrscht bei unseren Mitgliedern, die durch das Rauchverbot wirtschaftlich stark beeinträchtigt werden, eine grosse Unzufriedenheit.» Erste Erfahrungen aus anderen Kantonen hätten gezeigt, dass vor allem Betriebe mit einem hohen Anteil an Getränkeumsatz stark betroffen seien: beispielsweise Bars und Diskotheken sowie Lokale mit gut frequentierten Stammtischen. Die Langzeitwirkungen eines Rauchverbots auf die Branche seien derzeit noch nicht abschätzbar. Unverändert stelle allerdings das Rauchverbot einen «massiven Eingriff in die unternehmerische Freiheit dar».

Dem Markt überlassen

Die Aussonderung bestimmter Gäste kreise widerstrebe der Auffassung der Wirte von Gastfreundschaft. Der Gast müsse wählen können. «Er soll beim Gastgeber X rauchen dürfen und beim Gastgeber Y ein vegetarisches Menü konsumieren dürfen.» Der Markt sollte bestimmen können und nicht der «präventionierende Staat» mit «all seinen hoch subventionierten Gesundheitsorganisationen, die sich aufdrängen, um im privaten und im wirtschaftlichen Umfeld Regeln zu erlassen, die viel einfacher und effizienter durch den freien Kontakt zwischen Anbietern und Abnehmern geregelt werden könnten», schreibt Benz. In-

sofern sei es den eidgenössischen und kantonalen Parlamenten zumindest zugute zu halten, dass im Gastgewerbe kein absolutes Rauchverbot verordnet worden ist.

Initiativen stehen an

Gegen diese Ausnahmeregelungen im Gastgewerbe wehrt sich auf nationaler Ebene die Lungenliga. Zusammen mit weiteren Organisationen sammelt sie Unterschriften für die Initiative «Schutz vor Passivrauchen». Diese verlangt, dass öffentlich zugängliche Räume wie Restaurants, Bars, Schulen und Spitäler und alle Arbeitsplätze in Innenräumen rauchfrei sein sollen. Zudem soll in der ganzen Schweiz

die gleiche Regelung gelten. Die Initianten haben bereits rund 100 000 Unterschriften gesammelt. Ziel ist, bis Ende März 120 000 Unterschriften zusammen zu haben.

Gleichzeitig steht die Initiative der Interessengemeinschaft Freie Schweizer Wirte im Raum, die sich für ein liberales Rauchgesetz einsetzen will. Wirte sollen entscheiden dürfen, ob bei ihnen geraucht werden darf oder nicht.

Die Situation verunsichert etliche Schwyzer Wirte. «GastroSchwyz wird sich erneut mit diesem Thema intensiv befassen müssen», schreibt Willy Benz. Und Richard Fuchs, Präsident von GastroInnerschwyz, rät seinen Mitgliedern davon ab, bereits heute in Räumlichkeiten für Raucher zu investieren. «Wir wissen nicht, ob schon bald ein nationales Gesetz in Kraft treten wird, welches das Rauchen generell verbietet», sagte er in Bezug auf die Initiative der Lungenliga.

Widerstand angekündigt

Genau diese Unsicherheit führt zumindest bei einem Innerschwyz Wirt zum Widerstand. «In meinem Betrieb wird bis auf Weiteres ohne Bewilligung geraucht. Bussen werden wahrscheinlich nicht (sofort) bezahlt», schreibt der Muotathaler «Hölloch»-Wirt und wahrscheinliche Regierungsratskandidat Bruno Suter in einem Leserbrief. «Da mein Betrieb relativ klein ist, hätte ich kein Problem, daraus ein Raucherlokal zu machen. Ziemlich sicher beantrage ich keine Bewilligung aus Solidarität mit Betrieben, die meine Möglichkeiten nicht haben.» Ob sich andere Wirte diesem Widerstand anschliessen werden, wird sich zeigen.



Verunsicherung und Widerstand: Das ab 1. Mai geltende Rauchverbot ärgert viele Schwyzer Wirte.

Archivbild